



Freiburg
I M B R E I S G A U



Oberbürgermeister Martin W. W. Horn

Grußwort anlässlich der **1. Kommunale Plattform LSBTTIQ Freiburg**
am 27. Februar 2019, in der Katholische Akademie, Wintererstr. 1, Freiburg
(Hinweis: zum Teil abweichend vom gesprochenen Wort)

Sehr geehrte Gender und Diversity Interessierte, sehr geehrte Vertreter_innen des Gemeinderats Freiburg, Stadträt_innen und Stadtr_räte, sehr geehrte Kolleg_innen aus den unterschiedlichen Ämtern der Stadtverwaltung.

Einige Vertreter_innen von Interessengruppen der Freiburger LSBTTIQ Community hatte ich bereits die Gelegenheit kennenzulernen, wie z. B. Carina Utz vom Fluss e. V., als wir uns bei der Ausstellung WE ARE PART OF CULTURE im letzten Herbst begegnet sind.

Ebenso begrüße ich Gerhard Tschöpe von *pro familia* sowie die Vertretung der AIDS-Hilfe Freiburg e.V. Ralph Mackmull, des weiteren Matthias Falk von der Rosa Hilfe e. V., Norbert Woelfle vom Arbeitsbereich Pastoral mit homosexuellen Men-

1

schen im Erzbistum Freiburg, Sören Wulf ist als Vertretung der Schwulen Filmwoche Freiburg e.V. gekommen. Vertreten ist auch die Stabsstelle Gender and Diversity an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg mit Karin Kleinn.

Ich begrüße Annika Spahn, die sich innerhalb der Queeren Vereine, Initiativen und Organisationen in Freiburg engagiert und zu einem der Treffen bereits mit Frau Sever, Leiter_in der Geschäftsstelle Gender & Diversity bei der Stadt Freiburg einen ertragreichen Gedankenaustausch hatte.

Es freut mich das Mitglieder aus dem Gemeinderat dabei sind, die zum Teil auch bereits bei dem *Politik Talk* im Theater Freiburg im Oktober 2018 bei der Podiumsdiskussion anlässlich der Ausstellung WE ARE PART OF CULTURE mitgewirkt hatten:

- Vom Bündnis 90/Die Grünen, begrüße ich Frau Stadträt_in Frau Pia Maria Federer.
- Die CDU-Fraktion ist mit Stadtrat Herr Dr. Klaus Schüle vertreten.
- Für die Fraktionsgemeinschaft Junges Freiburg / Die Partei / Grüne Alternative Freiburg (JPG) ist durch Frau Stadträt_in Monika Stein gekommen.
- Die SPD-Fraktion ist mit Herr Stadtrat Walter Krögner vertreten.
- Für die Unabhängigen Listen ist Stadträt_in Frau Dr. Brigitte von Savigny gekommen.
- Die Freien Wähler werden durch Herrn Stadtrat Berthold Disch vertreten.

Auch freut es mich sehr, dass auch Kolleg_innen aus den unterschiedlichen Ämtern zugegen sind, ich sehe Frau Felicitas Börner vom Amt für Soziales und Senioren, Frau Tina Brüderlin, ist für die Städtischen Museen Freiburg zugegen; Frau Dominique Kratzer, die Leiter_in des Standesamtes ist mit ihrer Kolleg_in Frau Bettina Zipfel

2

unterstützend dabei. Frau Ulrike Krass von der Stadtbibliothek und Frau Isabell Faller vom Amt für städtische Kindertageseinrichtungen sind ebenfalls gekommen. Ich begrüße Frau Sarah Baumgart, die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen. Herzlich willkommen an alle, die ich namentlich nicht benannt habe, gut, dass Sie dabei sein können. Ich begrüße Sie alle herzlich zur ersten Kommunalen Plattform LSBTTIQ in Freiburg und freue mich über Ihre Teilnahme.

Das Jahr 2019 steht weltweit und so auch hier in Freiburg unter einem besonderen Jubiläum, da sich der Christopher Street Day zum 50. Mal jährt. Dieses Jubiläum wird gefeiert und soll gleichzeitig an den bisherigen Einsatz für gleiches Recht und Anerkennung von LSBTTIQ erinnern, sowie auf weiterhin bestehende Herausforderungen aufmerksam machen.

Das Land Baden-Württemberg hat diese Thematik bereits im Rahmen des Aktionsjahrs „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“ auf die Tagesordnung gesetzt, um ein klares Zeichen gegen jegliche Art von Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen zu setzen.

„Das Private ist politisch“ – ein Satz, der unter anderem durch das diesjährige Filmfestival „Berlinale“ wieder in das Bewusstsein gerufen wurde. Dieser Ausdruck fand seine Ursprünge während der Proteste der 1968er Bewegung, insbesondere in der Frauenbewegung, und hat, wie wir wissen, bedeutenden Einfluss auf unterschiedliche gesellschaftspolitische Ebenen und Lebensbereichen von Menschen.

Ungleichheit und Diskriminierung sind meist Teil stark verwurzelter Strukturen und betreffen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Die Privatheit von LSBTTIQ Menschen wurde über Jahre hinweg verletzt, auch durch die Politik.

Während des Nationalsozialismus wurden Tausende auf Grund ihrer sexuellen Identität und Orientierung verfolgt und umgebracht wurden. Auch nach 1945 blieb die freiheitliche Grundordnung trotz unseres Grundgesetzes und seinem ersten Satz „Die Menschenwürde ist unantastbar“ vielen verwehrt - Homosexualität wurde erst 1994 mit der Abschaffung des Paragraphen 175 entkriminalisiert. Der Bundespräsi-

dent Walter Steinmeier thematisiert dies anlässlich des Festaktes „Zehn Jahre Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen“ im Juni letzten Jahres.

Heute stehen wir, 18 Jahre nach dem *Lebenspartnerschaftsgesetz*, etwas mehr als ein Jahr nach der Einführung der *Ehe für Alle* und etwas über ein Monat nach der Einführung der *Dritten Option „divers“* im Personenstandregister, auf einer deutlich festeren Basis, sowohl im gesetzlichen als auch gesellschaftspolitischen Sinne.

An dieser Stelle möchte ich das Engagement der zahlreichen Initiativen, Vereinen und aktiven Bürger_innen auch hier in Freiburg würdigen, dort wo wir heute als Gesellschaft sind, wären wir ohne Ihr Eintreten „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“ nicht.

Ich unterstütze Ihren Einsatz und begrüße es sehr, dass über die bereits bestehenden Kontakte mit der Verwaltung hinaus, mit dieser neuen *Kommunalen Plattform LSBTTIQ Freiburg* ein breiterer Austausch ermöglicht werden soll. Dabei soll Bestehendes bewahrt, Neues thematisiert und entsprechend des Bedarfs und der Möglichkeiten auch ausgebaut werden!

Es steht außer Frage, dass es noch einen großen Handlungsbedarf gibt. Solange homophobe oder auch transphobe Beleidigungen auf Schulhöfen als alltäglich gelten und Befragungen zu Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Identität und/oder sexuellen Orientierung hohe Fallzahlen ergeben, ist noch keine Gleichstellung erreicht.

Dass Diskriminierungserfahrungen in unterschiedlichen Lebensbereichen immer noch Alltag sind, wird in regelmäßigen Abständen durch Repräsentativbefragungen bestätigt. Z. B. ist die Kategorie Geschlecht immer noch das meistgenannte Diskriminierungsmerkmal, so auch zuletzt 2017 von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes veröffentlicht. An zweiter Stelle rangiert das Merkmal *ethnische Herkunft und rassistische Diskriminierung*. Gefolgt von den Diskriminierungsmerkmalen *Behinderung* und *sexuelle Orientierung*.

Die Verwaltung ist gefordert und nutzt ihre vielfältigen Möglichkeiten, die sie als Dienstleister_in, Arbeitgeber_in, Auftraggeber_in, Fördermittelgeber_in und auch als Ausführungsorgan von Rechtsvorschriften hat, um für Geschlechtergerechtigkeit und die damit einhergehenden Chancengleichheit einzutreten, zu sensibilisieren und in all ihren Wirkungsbereichen zu fördern. Damit bewegen wir uns nicht mehr und nicht weniger auf dem Fundament des Grundgesetzes und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz.

Als Verwaltung der Stadt Freiburg ist es unsere höchste Priorität, unsere Reichweite zu nutzen um Brücken zu bauen, dabei alle Menschen anzusprechen sowie Teilhabe und Inklusion zu fördern. Das Verwaltungshandeln kann keinem fertigen Konstrukt folgen, sondern muss sich parallel zu gesellschaftlichen und politischen Prozessen weiterentwickeln. Dabei wirkt das Inkrafttreten des neuen Personenstandsrechts auch als ein *Weckruf*.

Die Gesetzesänderung zieht sich durch das gesamte Meldewesen. Formulare müssen erneuert werden und die Erhebung von Kennzahlen muss um die geschlechtliche Identität *divers* erweitert werden. Gleichzeitig entstehen neue Fragen zum Personenstandsrecht und zu dessen Möglichkeiten und Grenzen.

Menschen, die sich einer anderen geschlechtlichen Identität zuordnen und mit Ihren Anliegen Unterstützung und Beratung bei Standes-, Jugend- oder Schulämtern suchen, müssen die Gewissheit haben, dass ihre Anliegen nicht nur verstanden werden sondern sie aktive Unterstützung bei der Lösung von unterschiedlichen Fragestellungen bekommen.

Der heutige fachliche Input durch die Juristin Gabriela Lünsmann wird daher auf das neue Personenstandsrecht eingehen und es im Kontext des Familienrechts beleuchten und bestehenden gesetzlichen Handlungsbedarf aufzeigen.

Die Kommunale Plattform LSBTTIQ Freiburg hat das Ziel, den Bogen zwischen den Engagierten sowie den Vertreter_innen aus Politik und Verwaltung zu spannen. Im Diskurs sollen Handlungsbedarfe und auch die jeweiligen Umsetzungsmöglichkeiten auf unterschiedlichen Ebenen benannt werden.

In der Tat erfordert unser tägliches Handeln immer noch aktiven Einsatz, um die im Grundgesetz aber auch im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verankert Grundrechte aller Menschen, zu schützen!

Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, wie zäh sich der Prozess der gesetzlichen und gesellschaftspolitischen Gleichstellung von LSBTTIQ in jeglichen Lebensbereichen gestaltet. Um diesen Prozess zu verstetigen und auszubauen, ist ein breiter gesellschaftspolitischer Diskurs unabdingbar. Die daraus resultierende Verständigung sowie mögliche Kooperationen und Bündnisse dienen der Stärkung unseres Zusammenhaltes und der Demokratie.

Die Vielfalt in unserer Stadtgesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit. Der dazu nötige Dialog, ist stets zu fördern und zu verstetigen, sodass sich niemand alleingelassen oder gar ausgeschlossen fühlt. Menschenrechte sind immer universell und gleichzeitig unteilbar!

Lassen Sie uns weiterhin für ein geschlechtergerechtes und buntes Freiburg eintreten und die Strukturen, die dafür notwendig sind, gemeinsam gestalten und ausbauen.



Oberbürgermeister Martin W. W. Horn